

In der Schule



Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderungen lernen gemeinsam.

Seite 2

Vor dem Gesetz



Von wegen vor dem Gesetz sind alle gleich: Flüchtlinge klagen gegen staatliche Diskriminierung.

Seite 3

Auf der Bühne



Guter Hip-Hop, international vernetzt: Die End-Of-the-Weak-Challenge.

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszone.de

Bildungsbericht 2012: Politik sieht vor lauter AbsolventInnen die VerliererInnen nicht

Bildungslage verschieden schlecht

(mar) Von der Betreuung der Kleinsten über Grund- und weiterbildende Schulen bis zu Studium und Fortbildung – auf so ziemlich jedem Gebiet zeigt der am vergangenen Freitag vorgestellte Bundesbildungsbericht 2012 zahlreiche Schwachstellen des deutschen Bildungssystems auf. Oder vielmehr der deutschen Bildungssysteme, denn jedes Bundesland hat andere Probleme, dem Föderalismus sei Dank. PolitikerInnen feiern ihre bescheidenen Erfolge, während ExpertInnen vor allem Kritik und Bedenken anzubringen haben.

Ties Rabe, Hamburgs Bildungsminister und derzeitiger Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK), sieht die Reformen im deutschen Schulsystem bestätigt. Der Bildungsbericht wird seit 2006 im Zweijahrestakt von unabhängigen WissenschaftlerInnen herausgegeben. So haben die ForscherInnen dieses Mal in dem 350 Seiten starken Dokument unter anderem zu berichten, dass die Zahl der AbiturientInnen und Studierenden gestiegen sei, was die KMK als Frucht ihrer Arbeit präsentierte. Auch im Bildungsministerium wird der Bericht als Beweis für die „hohe Priorität für Bildung in Deutschland“ gesehen. Dass die festgestellten positiven Entwicklungen den Negativen gegenüber in der Unterzahl sind, wird von den meisten PolitikerInnen wohl übersehen.

Mehr AkademikerInnen & FörderschülerInnen

Wenn nun die Zahl der AbiturientInnen steigt, sagt das noch nichts über die Qualität des Abschlusses aus. Zwei Entwicklungen, die dies illustrieren können: Die Zahl der Studierenden ist ebenfalls gestiegen – das ist aber eher Faktoren wie dem Wegfall der Wehrpflicht zuzurechnen. Die



Dem deutschen Bildungssystem fehlt der Durchblick: Kinder werden häufig aufgrund ihrer sozialen Herkunft benachteiligt. Foto: karkovski (CC BY-NC-ND 2.5)

Universitäten sind auf dieses Mehr allerdings nicht hinreichend vorbereitet. Der andere Fall: Zwar wurden weniger SchulabbrecherInnen als noch vor zwei Jahren verzeichnet, der Anteil derjenigen, die die Schule ohne ausreichende Lese- und Schreibkenntnisse verlassen, ist hingegen leicht angestiegen. So viel also zur Qualität der Schulabschlüsse (die nach wie vor von Bundesland zu Bundesland variiert).

Zusammen mit den SchulabbrecherInnen bilden die Leseschwachen einen, so formuliert es André Wolter, einer der Autoren, „stabilen Sockel der Abgehängten“, der zwischen 15 bis 20 Prozent aller Kinder und Jugendlichen ausmacht. Ihnen diagnostizieren die ExpertInnen Chancenlosigkeit. Die Möglichkeiten für diese jungen Menschen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, tendierten gegen Null.

Zu diesen „Abgehängten“ gehören sehr oft auch FörderschülerInnen, deren Anteil an allgemeinen Schulen sich seit 2000 auf 29 Prozent verdoppelt hat, ohne dass sich die Zahl der Einschulungen an speziellen Förderschulen nennenswert verringert hätte. Eine erstaunliche Entwicklung, bedenkt man, dass die UN-Richtlinien zur Integration förderungsbedürftiger SchülerInnen durchgesetzt werden sollen.

Zwei Spezifika durchziehen so gut wie alle Ergebnisse der Bestandsaufnahme: Erstens differieren die Zahlen stets von Bundesland zu Bundesland, zum Teil gravierend. In Bayern zum Beispiel besuchen etwa vier Prozent der Kinder eine Förderschule, in Mecklenburg-Vorpommern sind es elf. Zweitens sind in den „Risikogruppen“, also denjenigen, die – nicht zuletzt wegen sozialer Umstände – geringe Chancen auf

Arbeit und Ausbildung haben, überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund zu finden. Der „Bildungsweg in Deutschland“ hinge „noch immer viel zu stark vom sozialen Hintergrund ab“, sagt der Präsident des Deutschen Studentenwerks Dieter Timmermann.

Egal wie, Hauptsache es wird gehandelt

Die KultusministerInnen sehen sich allen Entwicklungen und Diskussionen zum Trotz auf der Siegerposition. KMK-Präsident Rabe: „Wir zeigen, was von uns erwartet wird. Wir handeln.“ Es gibt viele Baustellen, an denen sie gegenwärtig zu arbeiten haben. Und der Blick in die Zukunft wirkt ebenfalls nicht gerade rosig. Bis 2015 fehlen 300.000 Studienplätze, für die KiTa-Garantie ab 2013 fehlen noch 260.000 Plätze. Dabei hatte die Regierung kürzlich noch behauptet, es fehlten halb so viele. Das größte Medienecho erfuhr indes die Debatte um das von CDU und FDP geplante Betreuungsgeld, die der Bildungsbericht neu entfachte. Die Autoren sprechen sich offen gegen die als „Herdprämie“ bekannte Zuwendung aus, die Eltern, die ihre Kinder nicht in eine Betreuungseinrichtung schicken, bekommen sollen. Zum Einen entgehen dem Kind wichtige soziale und Bildungskompetenzen und zum anderen sind Finanzierungsschwierigkeiten in Sicht: Wolle die Regierung KiTa-Garantie und Betreuungsgeld umsetzen, entstehe die Gefahr, beide Konzepte nur unzureichend durchzusetzen. Im Verlauf dieser Debatte wird der CDU-Fraktion von Seiten der Opposition vorgeworfen, nur am Betreuungsgeld festzuhalten, um Koalitionsstreitigkeiten zu vermeiden und Partei- über BürgerInneninteressen zu stellen.

Immer mehr Studierende greifen zu leistungssteigernden Mitteln

Der große Putsch

(fik) Der Stress an den nordrhein-westfälischen Hochschulen steigt kontinuierlich an. In den vergangenen vier Jahren ist die Anzahl der Studierenden, die Psychopharmaka nehmen um 55 Prozent gestiegen, stellt eine repräsentative Umfrage der Techniker Krankenkasse (TK) fest.

Mittlerweile nehmen demnach zehn Prozent aller Studierenden Psychopharmaka, insbesondere, um den Stress im Studium zu überstehen. Über einen immer höher werdenden Druck beklagen sich fast alle Student*innen, nur zwei Prozent von ihnen erfahren nie Stress im Studium. Die drei großen Ursachen von Ängsten sind dabei die finanziellen Sorgen, Zukunftsängste und der Konkurrenzdruck untereinander. Die Folgen sind häufig dramatisch: Fast die Hälfte aller Student*innen spricht von depressiven Schüben (etwa fünf Prozent der Studierenden nehmen kontinuierlich Antidepressiva) und ein Viertel von ihnen ist praktisch verzweifelt, bis dahin, dass fast ein Fünftel regelmäßig Panikattacken hat.

Alkohol und Medikamente

Um mit ihrer Verzweiflung und dem Leistungsanforderungen im Studium umzugehen, greifen außerdem über 15 Prozent regelmäßig zu Alkohol. Dazu gibt es jedoch Alternativen, meint auch die nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Barbara Steffens: „Die Kran-

kenkassen helfen mit Tipps und bieten auch Kurse zur Stressbewältigung an. Unbewältigter, anhaltender Stress kann körperlich oder seelisch krank machen. Bevor es soweit kommt, sollte man sich nicht scheuen, zur Ärztin oder zum Arzt zu gehen.“ Sechs Prozent der Studierenden nehmen ihren starken Stress so ernst, dass sie sich in psychotherapeutische Behandlung begeben. Bei weniger stark empfundenem Druck versuchen aber die meisten, ihren Stress durch Entspannungstechniken abzubauen. Dabei unterscheiden sich weibliche und männliche Student*innen stark. Bei Frauen ist dies der häufigste Versuch des Stressabbaus (33 Prozent), bei Männer ist es mit 19 Prozent der Alkohol (Entspannungsübungen hier nur 14 Prozent).

Die Bologna-Reformen haben die Stresssituation – laut der TK-Umfrage – unter den Studierenden zusätzlich erhöht. 42 Prozent fehlt die Zeit darüber nachzudenken, wozu sie eigentlich studieren, 59 Prozent beklagen den zu geringen Spielraum für die Persönlichkeitsentwicklung, für 61 Prozent sind die Freiräume durch Bachelor und Master weiter eingeschränkt worden und 71 Prozent sehen in der Studienzzeitverkürzung einen großen Stressfaktor. Eine Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) kam zu dem Ergebnis, dass etwa fünf Prozent aller Student*innen Medikamente nehmen, um ihre Leistung zu erhöhen und mit dem Stress im Stu-



Eine Handvoll Entspannung: Unter Studierenden nimmt der Konsum von Medikamenten weiter zu. Foto: flickr / .v1ctor. (CC BY 2.0)

dium besser klar zu kommen. Dabei stechen drei Fachrichtungen hervor: an der Spitze stehen mit 18 Prozent die Tiermediziner*innen, mit 14 Prozent die Sportwissenschaftler*innen und mit sieben Prozent die Humanmediziner*innen.

Doping fürs Hirn

Es klingt erst einmal beruhigend, dass

nur zehn Prozent der Studierenden zum sogenannten Hirndoping greifen. Dabei handelt es sich jedoch um teils gefährliche Medikamente, Aufputschmittel, Psychostimulanzien, Schmerzmittel und Beruhigungsmittel. Diese Methode wird gerne als Neuro-Enhancement verklärt. Durch den doppelten Abiturjahrgang im Winter 2013 könnte der Konkurrenzdruck noch steigen.

:boinkürze

Musikzentrum

(fik) Die Gegner*innen des Musikzentrums haben ein Gutachten zu den gebäudebezogenen Kosten vorgelegt, das dem vom Rat der Stadt Bochum in Auftrag gegebenen Gutachten deutlich widerspricht. Darüber hinaus haben sie die Stadt Bochum wegen fehlender Kalkulationen bei der Kommunalaufsicht angezeigt. Am 5. Juli soll der Rat beschließen, ob die Anforderungen, die er selbst gestellt hat, nun erfüllt sind. Das Geld der Spender*innen sollte vorliegen, die Zuschüsse der EU und des Landes sollten sicher sein und die Bau- und Betriebskosten nicht überschritten werden. Die Mittel aus der EU- und der NRW-Förderung sind noch nicht sicher, könnten aber bis zum 5. Juli zugesichert werden. Die Betriebskosten laufen allerdings – laut den Musikzentrumsgegner*innen – deutlich aus dem Ruder. Der Rat hat beschlossen, dass die gebäudebezogenen Kosten 650.000 Euro im Jahr nicht überschreiten dürfen, das Gutachten hingegen spricht nun von 2,6 Millionen Euro. Eine Mehrheit für das Musikzentrum im Bochumer Rat scheint trotzdem sicher. Die Befürworter*innen betonen, dass ein möglicher Bürgerentscheid den Bau des Musikzentrums verhindern würde, da so die Fristen für die finanzielle Förderung nicht eingehalten werden können.

Hilfe für ausländische Studierende

(fik) Ausländische Studierende in Bochum, die in finanziellen Notlagen sind, mussten bangen. Der AStA der Hochschule Bochum hatte die Zahlungen an den Verein, Hilfe für ausländische Studierende in Bochum, eingestellt. Obwohl der AStA der Hochschule sogar zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehörte, entzog er ihm ohne Vorwarnung die Unterstützung. Sowohl der Verein als auch der AStA der Ruhr-Uni (der auch zu den Finanziers gehört) reagierten mit Unverständnis. Kurz nach der Wahl zum Studierendenparlament an der Hochschule Bochum wurde nun ein neuer AStA gebildet. „Es war eine turbulente Übergangsphase“, erklärt der neue AStA-Vorsitzende Dennis Weiz. „Aber wir werden diese Entscheidung nicht weiter tragen.“ Die Zahlungen an den Verein werden also bald fortgesetzt.

Open Air Kino

(CMP) George Clooney unter dem Bochumer Himmel. Am 27. Juni hebt sich der Vorhang für die mittlerweile 14. Spielzeit des Open-Air-Kinos auf dem Fiege-Brauerei-Gelände. Neugestaltet verspricht die Lounge mit Kino ansprechende Eventabende mit Partys, Rahmenprogramm und Live-Musik. Wie gewohnt beginnen die Vorführungen mit Einbruch der Dunkelheit. Hoffentlich spielt dieses Jahr das Wetter mit. Mehr unter: www.fiege-kino.de.

Bochumer Sozialbericht

(fik) Bochum schrumpft und wird älter. In den vergangenen 50 Jahren fiel die Einwohner*innenzahl von 445.000 auf 366.000 Menschen. In derselben Zeit verdoppelte sich die Anzahl von Einwohner*innen über 65 Jahren von 9,5 auf 21,5 Prozent. Auch die Einkommensunterschiede sind erheblich. Während das Durchschnittseinkommen in Deutschland pro Jahr und Kopf bei 29.000 Euro liegt, müssen Bochumer*innen im Schnitt mit 26.500 Euro auskommen. Innerhalb Bochums gibt es darüber hinaus große Unterschiede. Während man im Gleisdreieck nur 18.900 Euro verdient, können die Bewohner*innen von Stiepel mit 53.400 Euro im Jahr rechnen. Am wenigsten Geld haben die Menschen im Ortsteil Kruppwerke. Hier verdient man im Schnitt 17.500 Euro im Jahr.

Katzen im Kapitalismus

(CMP) Die Zahl der wild lebenden Hauskatzen wächst stetig. Unlängst rief daher Gerhard Kipper, Geschäftsführer des Tierschutzvereins „Tiere in Not“, den „Katzennotstand“ aus. In der Geschäftsstelle an der Castroper Straße 139 befinden sich derzeit an die hundert Katzen. So viele, dass der Verein Ende Mai einen Aufnahmestopp verfügte. Die Außenstelle in Witten musste sogar geschlossen werden. Gegen eine Spende von 90 Euro könnten die Tiere in gute Hände gegeben werden. Doch Katzen sind out. Die Kids spielen lieber Xbox.

Kinder mit und ohne Behinderung lernen zusammen

Das Recht auf gemeinsamen Unterricht

(fik) Die nordrhein-westfälische Landesregierung möchte einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht von Schüler*innen mit Förderbedarf ab 2013 einführen. Diese Initiative gründet auf der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Die Umsetzung wird den Kommunen jedoch einiges abverlangen, auch Bochum.

In Bochum lernen von den etwa 1.700 Kindern mit Förderbedarf nur knapp 400 in Regelschulen, 1.300 von ihnen werden weiterhin in Förderschulen unterrichtet. Die Vereinten Nationen bescheinigten der Bundesrepublik, die Menschenrechte von behinderten Kindern einzuschränken, da sie ihnen die Teilnahme am Schulunterricht mit nichtbehinderten Kindern verweigerten. Das Prinzip des deutschen Schulsystems basiert auf dem Auseinanderdifferenzieren. Es gibt Gymnasien, Gesamtschulen, Realschulen, Hauptschulen und Förderschulen, und seit Kurzem auch Gemeinschafts- und Sekundarschulen. Förderschulen hießen früher Sonderschulen und waren für Kinder mit Behinderung vorgesehen. Dies kritisierten die Vereinten Nationen als menschenunwürdig. Auch deswegen entschied sich der NRW-Landtag am 1. Dezember 2010 einstimmig dazu, dass Menschen mit Behinderungen nicht mehr vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. „Das wird die Entwicklung hin zu mehr Inklusion, weg von den Förderschulen beschleunigen und dürfte auch die Stadt Bochum noch vor einige schulorganisatorische, aber auch finanzielle Probleme stellen“, sagt Michael Townsend, Bildungsdezernent der Stadt Bochum.

Das deutsche Bildungssystem ist bisher nicht auf die Inklusion von Schüler*innen mit Behinderungen vorbereitet. Auch in Bochum gibt es einige Herausforderungen. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Bochum kritisiert sowohl die Landes-, als auch die Kommunalpolitik und Verwaltung. „Für den Sekundarbereich sind Beschäftigte an den Regelschulen nur im Ausnahmefall im Bereich Sonderpädagogik ausgebildet oder auf die Arbeit in integrativen bzw. im Gemeinsamen Unterricht nur rudimentär vorbereitet“, sagt Ulrich Kriegesmann vom GEW-Vorstand in Bochum.

Voneinander lernen

Bisher wurden zehn Schwerpunkt-Schulen geschaffen, in denen mehrere Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen unterrichtet werden. Meist haben sich Hauptschulen für den Gemeinsamen Unterricht schon geöffnet, auch die ersten Gymnasien geben ihren Widerstand langsam auf. „Das ist auch gut so, aber wir brauchen zukünftig noch mehr Schulen, die sich an der ‚Inklusion‘ beteiligen. Denn bereits im dritten Jahr fordern die Eltern behinderter Kinder und Jugendlicher in annähernd jedem zweiten Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs eine Beschulung im ‚Gemeinsamen Unterricht‘ – Tendenz steigend“, sagt Michael Townsend. Es ist aber noch viel zu tun, die GEW sieht einen großen Nachholbedarf. „Die mit dieser Aufgabe Befassten sind nicht nur einzelne Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen, sondern ganze Kollegien. Sie gehen die Aufgabe mit großem Engagement an, benötigen jedoch dringend Fortbildungen, Erfahrungsaustausch und die Ermöglichung



Die Inklusion beginnt zaghaft: Der Gemeinsame Unterricht steckt noch in den Kinderschuhen.

Foto: flickr / World Bank Photo Collection (CC BY-NC-ND 2.0)

von Hospitationen“, sagt Ulrich Kriegesmann.

Erst der Anfang

In den nächsten Jahren wird die vollständige Inklusion von Kindern mit und ohne Behinderungen noch nicht vollendet werden. Bochum will bis auf Weiteres auch zukünftig in jedem Förderschwerpunkt entsprechende Schulen erhalten, die meisten Förderschulen jedoch so schnell wie möglich schließen. Ob das immer so möglich sein wird, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, nicht zuletzt davon, ob sich weiterhin genügend Kinder für diese Schulen entscheiden und wie sich die Finanzierung solcher Angebotsstrukturen durch das Land entwickelt. Dafür muss die Kommune die

räumlichen Voraussetzungen schaffen sowie die Kosten für den Umbau und die Unterrichtsmaterialien bereitstellen. „Doch noch entscheidender wird sein, dass auch die zahlenmäßig notwendigen und gut ausgebildeten Lehrkräfte für den Ausbau der Inklusion zur Verfügung stehen“, sagt Michael Townsend. Für die GEW ist auch in Bochum nur der erste Schritt gemacht, so sagt Ulrich Kriegesmann: „Aber auch die Kommunen haben ihre Aufgabenbereiche, in denen noch viel zu leisten ist. Wir verkennen nicht den guten Willen von Politik und Verwaltung der Stadt Bochum und erkennen ausdrücklich das bisher Geleistete an. Dennoch sind weiterhin große Anstrengungen notwendig, damit der Weg zur Inklusion gelingen kann.“

Rechtsoffene Hip-Hop-Band spaltet die Queer-Szene

Homophobie auf dem CSD?

(Mnd) Eins muss man der Paranoia-Pop-Band Die Bandbreite lassen: Sie wissen, wie man Skandalchen produziert. Ihr Rezept dabei ist relativ simpel. Sie stoßen mit rechten Inhalten in linke Strukturen vor. Immer wieder. Sie polarisieren mit sexistischen Texten, stacheln zum Hass auf Israel an und empfehlen auf ihrer Website antisemitische Literatur. Jetzt bringt die „Polipop-Band“ Teile der Queer-Community gegen sich auf: Die Band soll am 28. Juli auf dem Christopher-Street-Day in Duisburg auftreten. KritikerInnen laufen Sturm.

„Ein Fest von Schwulen und Lesben für Schwule und Lesben darf einer Band wie der ‚Bandbreite‘ keine Bühne für rechte, homophobe und antisemitische Verschwörungstheorien bieten“, sagt Frank Laubenburg, Sprecher der LAG queer der Linken NRW. Für ihn ist der geplante Auftritt der Band, die auf dem CSD auch noch als Headliner auftritt, ein Skandal. Anstoß nimmt Laubenburg, wie auch andere Teile der Queer-Bewegung, an Textzeilen wie diesen: „Der Führer Adolf Hitler war homosexuell, und deshalb trieb er es mit Rudolf Hess in nem Hotel, doch viel zu oft war Rudi in Europa unterwegs, und dat ging dem geilen Adja ma tierisch auf den Keks. Dann war er ganz alleine und hat so stark gelitten und fand auch keinen Trost an Evas braunen Titten. Darum war er ständig angepisst und auch so voll fanatisch, denn keiner von den Schwulen damals wollte Sex mit Nazis.“ Die Bandbreite selbst sagte in einer Stellungnahme, bei dem betreffenden Song „Kein Sex mit Nazis“ handele es sich um eine „Persiflage“. Es sei ihnen „ein Spaß“ gewesen, „den Nazis mit ihrem Schwulenhass unter die Nase zu reiben, dass ihre Gallionsfigur möglicherweise selber homosexuell war.“

Linke: „sexuelle Denunziation“

„Homophobie“, so LAG-queer-Sprecher Laubenburg, „kann nicht nur als offene



Wie emanzipatorisch ist der Christopher Street Day? Darüber wird nun wieder gestritten.

Foto: flickr / bianca.olifer (CC BY-NC 2.0)

Abwertung schwuler Männer und lesbischer Frauen daher kommen, sondern auch als vermeintlicher Scherz, der gängige Klischees bedient.“ Dies mache die „Bandbreite“ in dem kritisierten Song „eindeutig: Indem Adolf Hitler eine homosexuelle Orientierung angedichtet wird, stellt der Song in dieser Verbindung Schwulensein als verachtenswerte Eigenschaft dar. Darüber hinaus bedient der Song das gängige Klischee des promiskuitiven Schwulen, indem sie Homosexualität auf Sex reduziert und alle anderen Aspekte schwulen Lebens ausblendet.“ Auch hätten SPD und KPD bereits in den frühen 20er und 30er Jahren im Rahmen ihres Kampfes gegen die NationalsozialistInnen „einen Zusammenhang zwischen faschistischer Gesinnung und homosexueller Orientierung“ hergestellt. Daraus sei auch gefolgt,

dass die Verschärfung des berüchtigten Paragraphen 175 durch die Nazis 1935 „kaum auf Widerstand traf.“ Der Paragraph illegalisierte homosexuelle Handlungen. Dies sei „auch eine Folge des fatalen und falschen Versuchs, die Faschisten mittels sexueller Denunziation zu bekämpfen.“

Der DU Gay e.V., Veranstalter des CSD Duisburg, gibt sich von der Kritik unbeeindruckt. Hier freut man sich, dass die Bandbreite „in diesem Jahr beim CSD Duisburg auftritt und ‚Flagge zeigt‘ gegen Homophobie und Diskriminierung!“ Dabei verlässt sich der Verein auf die Urteilsfähigkeit der VeranstalterInnen der „Parade der Kulturen“ in Frankfurt. Vor einer „internationalen Jury“ hätte die Band dort vor einiger Zeit den ersten Platz belegt, und das ausgerechnet mit dem beanstandeten Song. „Wäre ‚kein Sex mit

Nazis‘ ein Aufruf zur Homophobie, hätte man die Band vor dieser Kulisse sicherlich nicht ausgezeichnet!“ Eine eigene Analyse des Textes bleibt aus.

Billige Tricks

In der Queer-Community ist man geteilter Meinung über die Band. Im Forum von Queer.de etwa meint ein User: „Die Musik an sich gefällt mir auch nicht. Aber das Ganze als homophob zu bezeichnen ist doch Quark“. Ein anderer stört sich hingegen auch an anderen Inhalten des Duisburger Duos: „Wenn man sich anschaut, was die sonst noch alles glauben, ist der Vorwurf der Homophobie noch am wenigsten gravierend. Wie kann man sowas auf dem CSD auftreten lassen?“ Dass die Band wieder eingeladen wird, ist nach Ansicht von BeobachterInnen eher unwahrscheinlich. Vielen oft reaktionären linken Gruppierungen ist die Bandbreite eine Obsession. In der Vergangenheit schreckte man auch vor billigen Tricks nicht zurück, um der Band, die unter anderem suggeriert, Aids sei von den Juden erfunden worden, ein Forum zu bieten. So war es etwa auf dem UZ-Pressfest der DKP im vergangenen Jahr in Dortmund. Erst ein-, dann wieder eingeladen und am Ende überraschend doch noch gespielt.

Bandbreite ausladen!

Zumindest für die Partei die Linke wünscht sich Frank Laubenburg eine eindeutige Vereinbarung: „Die NRW-LAG queer der Partei DIE LINKE wird sich zudem dafür einsetzen, dass ‚Die Bandbreite‘ auch nicht mehr zu Auftritten auf Veranstaltungen unserer Partei eingeladen wird – hier sind in der Vergangenheit ähnliche Fehler passiert wie nun ‚DU Gay e.V.‘.“ Dieser solle indes „sein Programm für den diesjährigen CSD (...) dringend überdenken und ‚Die Bandbreite‘ ausladen.“

Recht-auf-Stadt-Konferenz in Duisburg

:bsztermine

Wo willst du wohnen?

(mr) Vergangenes Wochenende trafen sich in Duisburg VertreterInnen aus Politik, Kultur und Stadtentwicklung, um an drei Tagen gemeinsam darüber zu diskutieren, wie es um die kulturelle Zukunft der Ruhrgebietsstädte bestellt ist. Der Diskussionschwerpunkt wurde dabei bewusst auf Duisburg gelegt, da die Stadt durch die Folgen der Loveparade-Katastrophe, die miserable städtische Finanzlage und mangelhaftes Kulturmanagement regelrecht brach liegt. Zahlreiche strukturelle Probleme, mit denen die Duisburger Kulturszene zu kämpfen hat, lassen sich aber auch in den übrigen Ruhrgebietsstädten entdecken.

Explosionsartige Mietanhebungen, Wohnraummangel, privatisierte Sozialbauten, teure Hochkultur. Das sind Probleme, mit denen die BewohnerInnen von Metropolen wie Berlin oder Hamburg zu kämpfen haben. Trotz zwei 400-Euro-Jobs neben dem unbezahlten Praktikum reicht das Geld dort häufig nicht aus, um nach dem Abzug der Mietkosten auch nur ein Mal im Monat auswärts zu essen. „Und trotz der Mietpreise sind die Zimmer in der Vierer-WG oft nur zwölf Quadratmeter groß“, sagt der Hamburger Jonas Füllner, der in der Recht-auf-Stadt-Bewegung aktiv ist und in seiner Heimatstadt gegen steigende Mieten kämpft. „Und für ein solches Zimmer gibt es dann trotzdem zehn Bewerber. Das ist unglaublich.“

Duisburg ist nicht Hamburg

Ganz anders hingegen in Duisburg. In zahlreichen Stadtteilen gibt es dort mehr leerstehende Wohnungen als Mieter. Straßenzüge wirken wie ausgestorben, ganze Stadtteile verlassen. Hippe Cafés und Programmkinos findet man hier eher selten, Callshops und unbewohnte Gebäude umso häufiger. Stadtbibliothek und Schwimmbäder werden geschlossen, weil



Auch merkwürdige Maskottchen haben es: Das Recht auf Stadt. Foto: Jerome Gerull

der Stadt Geld fehlt, und kommerzielle Betreiber finden sich für derartige Immobilien in der Regel nicht.

„Im Vergleich zum Ruhrgebiet hat Hamburg echte Luxusprobleme“, sagt Martin Elbl, der aus der großen Hansestadt nach Castrop-Rauxel gezogen ist und sich seit Jahren in der Recht-auf-Stadt-Bewegung engagiert. „Vieles hier im Ruhrgebiet ist bodenständiger. Anders als in den Metropolen hat das Ruhrgebiet mit schrumpfenden Städten zu kämpfen. Und ich finde es gut, dass das hier auch verhandelt wird. Man muss das Recht auf Stadt hier anders diskutieren.“

Recht auf Stadt

Die Recht-auf-Stadt-Idee geht zurück auf den französischen Soziologen Henri Lefebvre, der in seinem 1968 erschienenen Buch „Le droit à la ville“ (dt. „Das Recht auf Stadt“) auf die Stadtentwicklung der Nachkriegszeit reagierte, welche vor allem

durch den zweckorientierten Massenzweckbau geprägt ist. Ein Kritikpunkt Lefebvres ist, dass die Lebensqualität einer Stadt durch die industriellen Wertungslogik gefährdet oder gar zerstört wird. Moderne Urbanisierungsprozesse unterlaufen die Stadt als kulturellen Raum und Ort für kreative Projekte, indem Tausch- und Vermarktungswert der wichtigste Indikator für Stadtplanung wird.

Dass zur Förderung der Lebensqualität in einer Stadt die Kultur maßgeblich beiträgt, darüber sind sich alle TeilnehmerInnen der Konferenz einig. Und die verschiedenen Kurzreferate aus Oberhausen, Dortmund, Essen, aber auch Helsinki und eben Hamburg machten deutlich, dass man es, wenn man sich in einer Stadt unabhängig von jeder Insitution um Kunst und Kultur bemüht, immer wieder auf die gleichen Probleme stößt. Und dass die kulturelle Arbeit, die viele ehrenamtlich oder durch unzureichende Finanzierung unter

schwierigen Bedingungen leisten, von der Stadt weder geleistet noch gewollt wird.

Entwicklungsplan

Und so entwickelten sich aus den Diskussionen und Arbeitskreisen zahlreiche Forderungen, welche nun weiter präzisiert und der Stadtverwaltung und der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen. So solle es in Zukunft etwa einen Kulturrat geben, der sich zum größten Teil aus KünstlerInnen und Kulturverständigen zusammensetzt und unabhängig von jeder Institution oder politischen Organen handelt. Darüber hinaus müsse die Kommunikation der unabhängigen Kulturschaffenden mit den Verantwortlichen der Stadt verbessert werden. Voraussetzung hierfür sei, dass in der Stadt ein Kunst- und Kultursachverständiger eingesetzt wird, der „anders als der aktuelle Duisburger Kulturdezernent auch etwas von der Materie versteht“, wie es beim Abschlussplenum heißt. Und es ist offensichtlich, dass niemand der Anwesenden dem aktuellen Kulturdezernenten Karl Janssen eine dieser geforderten Kompetenzen auch nur im Ansatz zutraut. Darüber hinaus soll ein Kulturentwicklungsplan erstellt werden, der aus der breiten Kulturszene erwachsen und der Stadt eine kulturelle Linie geben soll, welche sich abgrenzt vom städtischen Plan einer florierenden Hafencity mit Systemgastronomie und Massenkompatibilität. Die Kleinstadt Minden hat einen solchen Plan kürzlich vorgelegt und verbindlich verabschiedet, mit großer Zustimmung.

Viel wurde an diesem Wochenende diskutiert, und vielleicht war die Konferenz ein Anstoß, dass sich in Duisburg, aber auch ruhrgebietsweit endlich ein überfälliger Stadtdiskurs entwickelt, der sich vom Erbe des Kulturhauptstadtjahres und der fixen Idee einer Metropole Ruhr emanzipiert.

Initiativen fordern: Rassistisches Sondergesetz abschaffen

Menschenunwürdige Politik

(rvr) Seit Jahren protestieren Flüchtlinge gegen ihre Unterbringung in Sammellagern, die Versorgung mit Essenspaketen oder -gutscheinen und mangelhaften Zugang zu medizinischen Einrichtungen, denen sie in Deutschland ausgesetzt sind. Jetzt hat eine Klage von zwei Flüchtlingen das Bundesverfassungsgericht erreicht. Sie wehren sich gegen das seit knapp 20 Jahren geltende „Asylbewerberleistungsgesetz“, das KritikerInnen als besonders krassen Fall von institutionellem Rassismus bezeichnen.

Das 1993 eingeführte Sondergesetz schließt bestimmte Gruppen von Nicht-Deutschen von den sonst üblichen Sozialleistungen aus. Unter dem Eindruck der rassistischen Übergriffe, Mordanschläge und Pogrome gegen Flüchtlingsunterkünfte hatte die Regierung Kohl damals reagiert, indem sie ausgerechnet diejenigen weiter diskriminierte, die von der rechten Gewalt betroffen waren. Seitdem haben Flüchtlinge zum Beispiel keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe, sondern bekommen eine willkürlich festgelegte Pauschalsumme, die inzwischen um 40 Prozent unter Hartz-IV-Niveau liegt.

Weit unter dem Existenzminimum

In harten Zahlen ausgedrückt: Erwachsene Flüchtlinge bekommen nur 224 Euro – und das, obwohl vielen von ihnen gleichzeitig ausdrücklich verboten wird, eine Arbeit aufzunehmen. Damit werden sie in die absolute Armut gezwungen und müssen zum Teil sogar hungern. Kinder stehen noch schlechter da. Am stärksten fällt die Kürzung bei Sechsjährigen aus: Sie erhalten 47 Prozent weniger als gleichaltrige Kinder im Hartz-IV-

Bezug. Für ein sechsjähriges Kind liegt das Existenzminimum nach aktuellen Hartz-IV-Gesetzen bei 251 Euro monatlich, ein gleichaltriges Flüchtlingskind muss mit 132 Euro auskommen. Das sind 4,40 Euro pro Tag für Nahrung, Kleidung, Hygiene, Bildung und so weiter. Obwohl die Preise seit 1993 um 35 Prozent gestiegen sind, wurden die Summen für Flüchtlinge niemals erhöht. Dass im Gesetz sogar selbst festgehalten ist, dass die Höhe der Zahlungen jährlich angepasst werden soll, kümmerte die Regierungen ebenso wenig wie die beständige Kritik von Sozialverbänden an dem in ihren Augen rassistischen Sondergesetz.

Landessozialgericht: Verfassungswidrig!

Aufgrund der jetzt anhängigen Klage kam bereits das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zu dem Ergebnis, dass das Gesetz verfassungswidrig ist. Deshalb liegt es dem Bundesverfassungsgericht nun zur Prüfung vor. Die NRW-RichterInnen bezogen sich bei ihrer Entscheidung auf das Karlsruher Urteil zu den Hartz-IV-Regelsätzen, nach dem die Höhe der staatlichen Sozialleistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums transparent und nachvollziehbar ermittelt und bedarfsdeckend sein müssen. Dies sei bei dem Sondergesetz, das ausgerechnet häufig sowieso schon traumatisierte Flüchtlinge maßgeblich schlechter stellt als andere Bedürftige, nicht der Fall.

Schlimmer geht immer

Geklagt hatten Flüchtlinge aus NRW, die die Leistungen in Form von Bargeld erhalten. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl weist darauf hin, dass



Mittwoch vor dem Bundesverfassungsgericht: Flüchtlingsinitiativen fordern Menschenrechte für Alle. Foto: Pro Asyl

die Einschränkungen des Existenzminimums etwa in Bayern oder Baden-Württemberg noch gravierender sind. Dort werden die Flüchtlinge regelmäßig in Sammelager eingewiesen, erhalten minderwertige Kleidungs- und Essenspakete als „Sachleistung“, und dazu lediglich einen „Barbetrag“ von knapp 41 Euro im Monat. Davon muss der gesamte persönliche Bedarf an ÖPNV-Tickets, Telefon, Porto, Rechtsanwalt, Internet, Schreibmaterial, Bildung, Kultur, Freizeit bezahlt werden – sowie alles Notwendige, was nicht in den Paketen ist. Selbst im Hartz-IV-Regelsatz, den viele ExpertInnen für unzureichend halten, ist für die entsprechenden Bereiche das Dreifache als Existenzminimum angesetzt. Daher steht auch die Höhe dieses „Bar-

betrags“ in Karlsruhe auf dem Prüfstand.

Untätigkeit wider besseren Wissens

Dass das Asylbewerberleistungsgesetz verfassungswidrig ist, hat die zuständige Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen bereits am 10. November 2010 in einer Antwort auf eine Bundestagsanfrage mitgeteilt. Das Gesetz entspreche „nicht den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts“ zu Hartz IV, räumte sie damals ein. Dennoch hat sich an der Situation bis heute nichts geändert. „Es ist skandalös, dass Frau von der Leyen noch immer Tausenden Flüchtlingen das gesetzlich festgelegte Existenzminimum verweigert“, sagt Bernd Mesovic von Pro Asyl.

Donnerstag, 28. Juni

Work Hard – Play Hard

„In unserer modernen Arbeitswelt bedeutet die Sanierung eines Betriebes die Sanierung der Mitarbeiter.“ Einblicke in die widersprüchliche Welt der postmodernen Dienstleistungsbranche und die gefährliche Ausbeutung der Ressource Mensch bietet Carmen Losmanns Dokumentarfilm „Work hard – Play hard“. IG Metall, ver.di und GEW laden ins Kino ein, sich den Film anzuschauen und anschließend darüber zu reden.

Endstation Kino, Wallbaumweg 108, Bochum
17.00 Uhr
7 Euro / 6 Euro ermäßigt

Freitag, 29. Juni

Literatur+Kulinarik

Mit Lesung in deutscher und polnischer Sprache, Einführung in Werke und Biographien, dokumentarischen Filmvorführungen und musikalischer Begleitung werden die BesucherInnen eingeladen, die polnische Nachkriegsliteratur kennenzulernen. Gelesen werden Texte von Wisława Szymborska und Tadeusz Różewicz, der Literaturnobelpreisträgerin von 1996 und dem Nobelpreisträger in spe. Um noch eine weitere Facette der Kultur unserer Nachbarn zu entdecken, gibt es dazu ein kaltes polnisches Büffet.

Bücherei Querenburg,
Querenburger Höhe 270,
Bochum
19.00 Uhr
Eintritt frei

Samstag, 30. Juni

A Little Bittl Of UEFA Anthems

Eine weitere Premiere im Rottstr5Theater: Andreas Bittl widmet sich einem ganz besonderen Aspekt der Fußball-Europameisterschaft: den Nationalhymnen. Dabei geht es um den zeremoniellen Teil vor dem Anstoß wie auch um den Inhalt und die Geschichte der Hymnen der UEFA-Länder. Allerhand Kurioses wird dabei zu Tage gefördert.

Rottstr5theater, Rottstr. 5,
Bochum
19.30 Uhr
13 Euro

Sonntag, 1. Juli

Warum Israel

„Warum Israel“, der erste Film des französischen jüdischen Regisseurs Claude Lanzmann von 1972, sorgte in der Vergangenheit für Kontroversen. Aus jüdischer Sicht zeigt er die Lage Israels 25 Jahre nach seiner Gründung, lässt dabei aber auch die PLO zu Wort kommen. Im Wittener Trotz Allem werden Ausschnitte des Films gezeigt, im Anschluss wird über den Film und über die Beziehung der deutschen Linken zu Israel diskutiert.

Trotz Allem, Augustastr. 58,
Witten
19.30 Uhr
Eintritt frei

Dienstag, 3. Juli

Poldi: Ein verdrehter Antikriegstag

Seit 2005 organisieren die Neonazis in Dortmund alljährlich zum 1. September Demos zum „Nationalen Antikriegstag“. Was genau es damit auf sich hat, wie die Nazis in Dortmund organisiert sind und was dagegen unternommen wird, z.B. durch das Alerta!-Bündnis, darüber klärt der Politische Dienstag diesmal auf.

KulturCafé
19.00 Uhr
Eintritt frei

Die weltweite Jam

Popel- momente II

(mar) Im Jahr 2000 haben einige Rapper in New York eine wöchentliche Plattform gegründet, um ihr Können vor Publikum zu beweisen. Aus der Hip-Hop-Reihe, die im Hinterzimmer eines Restaurants startet, wird ein Publikumsmagnet. Es entsteht die Idee eines überregionalen Rap-Wettbewerbs. Die Resonanz ist enorm, die USA längst zu klein für die Veranstaltung. Die Jam expandiert. Zwölf Jahre nach Gründung der End Of the Weak-Reihe (EOW) ist man nun in vier Kontinenten angekommen, überall auf der Welt sind EOW-Stützpunkte entstanden. Es gibt sie unter anderem in Spanien, Argentinien, Brasilien, Uganda – und auch in Deutschland. Einmal im Jahr treffen die Besten der Besten in New York zum World-Final aufeinander. Im August ist es wieder soweit.



Die EOW-Champions (von links) aus Deutschland, Italien, England, USA, inklusive Produzenten. Foto: facebook / proton endzeitfunk

„Das ‚End Of the Weak‘ ist ein internationales, aus New York stammendes Hip-Hop-Movement. Es organisiert auf der ganzen Welt Partys, Konzerte und andere Events, und im Zentrum steht die MC-Challenge“, sagt MC Furious. Der Berliner Rapper ist Teil des Organisationssteams des EOW in Deutschland. Auf die Formulierung „Challenge“ legt man hier sehr viel Wert, schließlich will man sich von dem sonst in der Szene üblichen Eins-gegen-Eins-Gedisse Marke „8 Mile“ abgrenzen. „Es handelt sich hierbei nicht um ein gewöhnliches Battle, sondern um einen Wettkampf für MCs in fünf Disziplinen“, macht Furious klar.

Harte Vorgaben

Und die haben es in sich: Zunächst muss jeder RapperIn einen selbstgeschriebenen Song auf einen eigenen Beat präsentieren. Das ist noch die einfachste Runde, da dies für die meisten aktiven KünstlerInnen Routine ist. Hierbei ist es egal, ob man ein Liebeslied oder einen „Battletrack“ bringt – hauptsache Jury und Publikum gefällt's. MC Furious, Moderator und EOW-Vizeweltmeister, bringt es rappend auf den Punkt: „Du hast übelst die Fans? Die Jury erkennt nur die Technik, den Inhalt, die Bühnenpräsenz!“ In der zweiten Runde steigt der Schwierigkeitsgrad

ein wenig an. In 60 Sekunden muss ein Acapella-Rap vorgetragen werden. Der Hintergedanke: Kein Fehler kann vom Beat kaschiert werden. Danach ist Schluss mit lustig. Die dritte Runde trennt endgültig die Spreu vom Weizen, hier zeigt sich, wer ein richtiger MC, also Master Of Ceremonies, ist, und wer bloß zum Studiorapper taugt. Beim „Grab the Bag“ geht es nämlich darum, aus einer undurchsichtigen Stofftasche fünf Gegenstände zu ziehen. Diese müssen dann spontan in einen Freestyle-Rap integriert werden – Texte vorschreiben oder anderweitig mogeln ist dabei unmöglich.

Bei Stufe vier der Challenge nimmt der DJ eine besondere Rolle ein. Beim „MC vs. DJ“ legt der DJ ein wildes Potpourri aus allen möglichen Stilrichtungen auf, etwa Schlager, Techno, Drum 'n' Bass. Darauf muss gefreestyled werden, hier geht es um Flexibilität und Routine, wer hierbei einmal aus dem Takt kommt, hat es sehr schwer, wieder hineinzufinden. Zum Abschluss treten alle TeilnehmerInnen gemeinsam auf die Bühne, zur „Cypher“. Die RapperInnen freestylen der Reihe

nach je vier Zeilen, und das über drei Runden.

Ruhrpott in New York

Der Sieger des vergangenen Jahres, der in diesem Jahr für Deutschland zum World-Final nach New York fliegen wird, kommt aus dem Ruhrpott. Der 26-jährige Archäologiestudent nennt sich Proton und hat seine Heimatstadt Bottrop bereits jetzt mächtig stolz gemacht. Zusammen mit den Champions anderer Länder, etwa Tschechien und England, tourte er bereits durch Spanien und Italien. „Es war einfach geil“, erinnert sich Proton. „Zusammen haben wir Songs aufgenommen, Auftritte gehabt und Videos produziert“. Dabei sind echte Freundschaften entstanden, Proton hat etwa mit dem EOW-Gewinner aus England, Tenchoo, bereits neue Projekte geplant. Der Kontakt zwischen den MCs aus aller Welt besteht bis heute. Nach New York wird Proton vom diesjährigen Champion aus Deutschland, der Anfang Juli gekürt wird, begleitet. Aus organisatorischen Gründen haben sich die VeranstalterInnen entschlossen, zwei deutsche MCs antreten

zu lassen, da auch mehrere englischsprachige Künstler vertreten sein werden.

Mehr als nur Jam

Und so ist das EOW mehr als nur eine Jam-Reihe. Hier treffen sich Talente, die sonst wahrscheinlich niemals aufeinander getroffen wären. Klar gibt es bei den vielen verschiedenen Muttersprachen auch Verständigungsprobleme, doch mit etwas Englisch und zur Not mit Händen und Füßen kann sich auch der Tscheche mit dem Italiener austauschen.

Auf dem diesjährigen Deutschland-Finale im Juli auf dem Splash-Festival wird der Ruhrpott wieder vertreten sein. Roni 87 aus Witten ist Student an der Ruhr-Uni. „Der Vorentscheid war echt hart, mich hat vor allem das hohe Niveau der Teilnehmer überrascht“, sagt der 25-Jährige. „Ich habe früher oft an Freestyle-Battles ohne großartige Vorauswahl der Rapper teilgenommen, darunter litt oft die Qualität der Veranstaltungen“. Hier aber gebe es klare Vorgaben und ein transparentes Punktesystem. Auf dem Splash-Festival wird er auf die besten Rapper der Bundesrepublik treffen. „Ich unterschätze niemanden“, sagt Roni 87. Und wenn es am Ende doch nicht reicht für den großen Sieg und die Qualifikation für New York? „Dann fahre ich eben auf eigene Kosten mit und verbuche es als Urlaub“, sagt er und lacht. Proton und Roni 87 kennen sich seit drei Jahren, zusammen mit DJ Dier bilden sie die Crew „Friendly Fire“.

Für ein Miteinander

Unterm Strich fördert EOW also das, was der Grundgedanke der Hip-Hop-Kultur ist. „Es geht darum, ein Miteinander zu finden, um das Gegeneinander, das der Kapitalismus tagtäglich produziert, zu überwinden“, meint Roni 87. Natürlich sei auch EOW ein Wettbewerb, am Ende des Tages gebe es aber kaum böses Blut wie auf herkömmlichen Rap-Battles. Dies könnte auch daran liegen, dass talentfreie „Fick-Deine-Mutter“-RapperInnen von den hohen Anforderungen abgeschreckt werden. Gerade in den Mainstream-Medien ist diese Schiene momentan unglaublich erfolgreich. Vielleicht kann EOW dazu beitragen, diesen Trend umzukehren und Rap mit Hirn neu zu etablieren. Es ist überfällig.

bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Dirk Loose, Christian Volmering u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Karsten Finke (fik), Marek Firlej (mar), Martin Niewendick (Mnd), Carsten Marc Pepper (CMP), Michael Reiners (mr), Rolf van Raden (rvr).
V.i.S.d.P.: Karsten Finke (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de

- Anzeige -

Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum

vom 02.07. bis 06.07.2012

Das AKAFÖ im Web z. o.:
Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Großmutter's Linseneintopf Bockwurst oder Brötchen (R,S) ▶ Schwäbischer Ofenschlupfer Kirschkompott (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffel-Hackfleisch-Pfanne (R) ▶ Vegetarische Gulaschsuppe dazu Baguette (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffeleintopf mit Fleischeinlage (S) ▶ Mexikanische Reispfanne mit Tofu Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffel-Steakhouse Pfanne mit Schweinefleisch und Salat (R,S) ▶ Spinatauflauf mit Knoblauchsauce und Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Lasagne „Bolognese“ und Salat (R) ▶ vegetarischer Pasta-Pestoauflauf und einem Salat (V)
Komponentessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hähnchen Piccata Milaneser Tomatensauce (G) ▶ Gemüseschnitzel mit Tomatensauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kalbfleischbällchen mit Champignonrahmsauce (R) ▶ Gärtnerin Tasche mit Champignonrahmsauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Geflügel Bratwurst mit Curryketchupsauce (G) ▶ Polenta Bratling mit Basilikum-Käsesauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Paniertes Limandenfilet an Süß-Saurer Sauce (F) ▶ Vegetarische gefüllte Paprikaschote mit Süß-Saurer Sauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hacksteak „Croatia“ mit Kräuterquark-Dip (R,S) ▶ Rieserösti mit Broccoli u. Käse überbacken, dazu Schnittlauchsauce (V)
Aktionen 3,30-6,50	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bunter Salatteller mit Räucherlachs (F) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bunter Salatteller mit Putenbruststreifen (G) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bunter Salatteller mit gebratenen Scampi in Knoblauch 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bunter Salat mit Mini-Frühlingsrollen (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Salatteller mit Polentatasche (V)
Beilagen 0,60-0,70 €	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Spaghetti ▶ Kräuter Zartweizen ▶ Mischgemüse ▶ Blumenkohl 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Butterreis ▶ Bio Salzkartoffeln ▶ Balkangemüse ▶ Lauchgemüse 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Pommes Frites ▶ Vollkorn-Spiralen ▶ Erbsen natur ▶ Mais-Paprikagemüse 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bio Salzkartoffeln ▶ Farfalle Nudeln ▶ Kaisergemüse ▶ Zucchini gemüse 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Paprikareis ▶ Penne Nudeln ▶ Möhrenscheiben ▶ WOK-Gemüse
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Fischfilet „Bordolaise“ mit Möhrenscheiben und Kartoffeln (F) ▶ Schweinegeschnetzeltes „Siam“ mit Basmatireis und grünem Salat (A,S) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Putenbraten mit Sommergemüse und Gnocchi (G) ▶ Feuerfleisch mit Kroketten und einem Salat (S) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Paniertes Schweinekotlett mit Lauchgemüse und Bratkartoffeln (S) ▶ Putengeschnetzeltes „Gyros Art“ mit Krautsalat, Tsatsiki-Dip und Fladenbrot (G) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Rinderergulasch „Afrikanisch“ mit Bunte Nudeln und Erbsen (R) ▶ Hamburger zum „Selberbauen“, dazu Pommes Frites (R) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hähnchenbrust natur auf Rahmwirsing mit Kartoffelgratin (G) ▶ Paniertes Seelachsfilet mit Remouladen Dip und Kartoffelsalat dazu Rote Beete (F)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) mit Alkohol, (V) vegetarisch, (Bio) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK
WWW.AKAFÖE.DE